



Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten **Benjamin Nolte AfD**
vom 03.06.2024

Hausdurchsuchungen aufgrund Meinungsdelikten und politischer Natur

Die Staatsregierung wird gefragt:

Meinungsdelikte	3
1.1 Wie viele Hausdurchsuchungen wegen Meinungsdelikten wurden im Zeitraum von 1994 bis heute durchgeführt (bitte tabellarisch aufschlüsseln nach Jahren, politischen [rechts, links], religiösen, ehrabschneidenden oder sonstigen Meinungsdelikten)?	3
1.2 Wie viele Hausdurchsuchungen wegen Meinungsdelikten wurden im Zeitraum von 1968 bis 1974 durchgeführt (bitte tabellarisch nach Jahren, politischen [rechts, links], religiösen, ehrabschneidenden oder sonstigen Meinungsdelikten)?	3
Politisch motivierte Gewalt rechts	3
2.1 Wie viele Durchsuchungsbefehle wurden wegen politisch motivierter Gewalt von rechts im Zeitraum von 1994 bis Mai 2024 erlassen (bitte aufschlüsseln nach Anzahl, Jahren, Delikten, beschlagnahmten Gegenständen, Zufallsfunden)?	3
2.2 Bei wie vielen Hausdurchsuchungen wurden die Durchsuchungsbefehle für unzulässig erklärt (bitte aufschlüsseln nach Jahren, Anzahl, Stand des Verfahrens)?	3
2.3 Wie viele Anklagen wurden aufgrund der Hausdurchsuchungen erhoben (bitte Angabe der Anzahl, Jahre, Zufallsfunde oder Anlass der Durchsuchung)?	3
Politisch motivierte Gewalt links	3
3.1 Wie viele Durchsuchungsbefehle wurden wegen politisch motivierter Gewalt von links im Zeitraum von 1994 bis Mai 2024 erlassen (bitte aufschlüsseln nach Anzahl, Jahren, Delikten, beschlagnahmten Gegenständen, Zufallsfunden)?	3
3.2 Bei wie vielen Hausdurchsuchungen wurden die Durchsuchungsbefehle für unzulässig erklärt (bitte aufschlüsseln nach Jahren, Anzahl, Stand des Verfahrens)?	3

3.3	Wie viele Anklagen wurden aufgrund der Hausdurchsuchungen erhoben (bitte Angabe der Anzahl, Jahre, Zufallsfunde oder Anlass der Durchsuchung)?	4
	Religiös motivierte politische Gewalt	4
4.1	Wie viele Durchsuchungsbefehle wurden wegen religiös motivierter politischer Gewalt im Zeitraum von 1994 bis Mai 2024 erlassen (bitte aufschlüsseln nach Anzahl, Jahren, Delikten, beschlagnahmten Gegenständen, Zufallsfunden)?	4
4.2	Bei wie vielen Hausdurchsuchungen wurden die Durchsuchungsbefehle für unzulässig erklärt (bitte aufschlüsseln nach Jahren, Anzahl, Stand des Verfahrens)?	4
4.3	Wie viele Anklagen wurden aufgrund der Hausdurchsuchungen erhoben (bitte Angabe der Anzahl, Jahre, Zufallsfunde oder Anlass der Durchsuchung)?	4
5.1	Wie definiert die Staatsregierung den Begriff „Hasssprache“?	4
5.2	Welche konkreten Kriterien und Richtlinien werden angewendet, um Hasssprache zu identifizieren?	4
5.3	Sieht die Staatsregierung aufgrund der unklaren Definition „Hasssprache“ nicht einen Angriff auf die Meinungsfreiheit?	4
6.1	Wie stellt die Staatsregierung sicher, dass Maßnahmen gegen Hasssprache nicht zu einer unzulässigen Einschränkung der Meinungsfreiheit führen?	5
6.2	Welche Mechanismen existieren, um sicherzustellen, dass legitime politische Meinungsäußerungen geschützt bleiben?	5
6.3	Gibt es Beispiele für Fälle, in denen Maßnahmen gegen Hasssprache überprüft oder revidiert wurden, um die Meinungsfreiheit zu gewährleisten?	5
	Hinweise des Landtagsamts	6

Antwort

des Staatsministeriums der Justiz im Einvernehmen mit dem Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration
vom 30.03.2025

Meinungsdelikte

- 1.1 **Wie viele Hausdurchsuchungen wegen Meinungsdelikten wurden im Zeitraum von 1994 bis heute durchgeführt (bitte tabellarisch aufschlüsseln nach Jahren, politischen [rechts, links], religiösen, ehrabschneidenden oder sonstigen Meinungsdelikten)?**
- 1.2 **Wie viele Hausdurchsuchungen wegen Meinungsdelikten wurden im Zeitraum von 1968 bis 1974 durchgeführt (bitte tabellarisch nach Jahren, politischen [rechts, links], religiösen, ehrabschneidenden oder sonstigen Meinungsdelikten)?**

Politisch motivierte Gewalt rechts

- 2.1 **Wie viele Durchsuchungsbefehle wurden wegen politisch motivierter Gewalt von rechts im Zeitraum von 1994 bis Mai 2024 erlassen (bitte aufschlüsseln nach Anzahl, Jahren, Delikten, beschlagnahmten Gegenständen, Zufallsfunden)?**
- 2.2 **Bei wie vielen Hausdurchsuchungen wurden die Durchsuchungsbefehle für unzulässig erklärt (bitte aufschlüsseln nach Jahren, Anzahl, Stand des Verfahrens)?**
- 2.3 **Wie viele Anklagen wurden aufgrund der Hausdurchsuchungen erhoben (bitte Angabe der Anzahl, Jahre, Zufallsfunde oder Anlass der Durchsuchung)?**

Politisch motivierte Gewalt links

- 3.1 **Wie viele Durchsuchungsbefehle wurden wegen politisch motivierter Gewalt von links im Zeitraum von 1994 bis Mai 2024 erlassen (bitte aufschlüsseln nach Anzahl, Jahren, Delikten, beschlagnahmten Gegenständen, Zufallsfunden)?**
- 3.2 **Bei wie vielen Hausdurchsuchungen wurden die Durchsuchungsbefehle für unzulässig erklärt (bitte aufschlüsseln nach Jahren, Anzahl, Stand des Verfahrens)?**

- 3.3 Wie viele Anklagen wurden aufgrund der Hausdurchsuchungen erhoben (bitte Angabe der Anzahl, Jahre, Zufallsfunde oder Anlass der Durchsuchung)?**

Religiös motivierte politische Gewalt

- 4.1 Wie viele Durchsuchungsbefehle wurden wegen religiös motivierter politischer Gewalt im Zeitraum von 1994 bis Mai 2024 erlassen (bitte aufschlüsseln nach Anzahl, Jahren, Delikten, beschlagnahmten Gegenständen, Zufallsfunden)?**
- 4.2 Bei wie vielen Hausdurchsuchungen wurden die Durchsuchungsbefehle für unzulässig erklärt (bitte aufschlüsseln nach Jahren, Anzahl, Stand des Verfahrens)?**
- 4.3 Wie viele Anklagen wurden aufgrund der Hausdurchsuchungen erhoben (bitte Angabe der Anzahl, Jahre, Zufallsfunde oder Anlass der Durchsuchung)?**

Die Fragen 1.1 bis 4.3 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam wie folgt beantwortet.

Im Kriminalpolizeilichen Meldedienst in Fällen Politisch motivierter Kriminalität (KPMD-PMK) findet keine Erfassung der Anordnung oder des Vollzugs von Hausdurchsuchungen statt. Das Gleiche gilt für die Geschäftsstatistik der Staatsanwaltschaften und für die Strafverfolgungsstatistik. Vor diesem Hintergrund existieren auch keine expliziten, validen Rechercheparameter, die eine automatisierte statistische Auswertung im Sinne der Fragestellung im KPMD-PMK oder der Vorgangsverwaltung der Staatsanwaltschaften ermöglichen würden. Für eine Beantwortung müsste insofern eine umfangreiche manuelle (Einzel-)Auswertung von Akten und Datenbeständen bei den Präsidien der Bayerischen Landespolizei und dem Landeskriminalamt sowie den Staatsanwaltschaften erfolgen. Dies würde zu einem erheblichen zeitlichen und personellen Aufwand führen. Auch unter Berücksichtigung der Bedeutung des sich aus Art. 13 Abs. 2, 16a Abs. 1 und 2 Satz 1 Bayerische Verfassung ergebenden parlamentarischen Fragerechts der Abgeordneten des Landtags kann daher eine Auswertung von Einzelakten u.Ä. nicht erfolgen. Vor diesem Hintergrund ist eine Beantwortung der Fragen nicht möglich.

- 5.1 Wie definiert die Staatsregierung den Begriff „Hasssprache“?**
- 5.2 Welche konkreten Kriterien und Richtlinien werden angewendet, um Hasssprache zu identifizieren?**
- 5.3 Sieht die Staatsregierung aufgrund der unklaren Definition „Hasssprache“ nicht einen Angriff auf die Meinungsfreiheit?**

Die Fragen 5.1 bis 5.3 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam wie folgt beantwortet.

Auf die Antwort zu der Anfrage zum Plenum des Abgeordneten Stefan Löw (AfD) vom 3. November 2024 „Definition und Verständnis der Staatsregierung der Begriffe ‚Hass‘ und ‚Hetze‘“ wird Bezug genommen. Die in der Antwort aufgeführten Definitionen des Begriffs „Hasskriminalität“ dienen lediglich der statistischen Erfassung des betreffenden Phänomenbereichs.

- 6.1 Wie stellt die Staatsregierung sicher, dass Maßnahmen gegen Hasssprache nicht zu einer unzulässigen Einschränkung der Meinungsfreiheit führen?**
- 6.2 Welche Mechanismen existieren, um sicherzustellen, dass legitime politische Meinungsäußerungen geschützt bleiben?**
- 6.3 Gibt es Beispiele für Fälle, in denen Maßnahmen gegen Hasssprache überprüft oder revidiert wurden, um die Meinungsfreiheit zu gewährleisten?**

Die Fragen 6.1 bis 6.3 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam wie folgt beantwortet.

Auf die Antwort zu Fragen 1.1 bis 2.2 der Schriftlichen Anfrage des Abgeordneten Ferdinand Mang (AfD) vom 26. November 2024 betreffend „Mögliche Willkür und Unverhältnismäßigkeit am Amtsgericht Bamberg“ (Drs. 19/4885 vom 17. März 2025) wird Bezug genommen.

Hinweise des Landtagsamts

Zitate werden weder inhaltlich noch formal überprüft. Die korrekte Zitierweise liegt in der Verantwortung der Fragestellerin bzw. des Fragestellers sowie der Staatsregierung.

—————

Zur Vereinfachung der Lesbarkeit können Internetadressen verkürzt dargestellt sein. Die vollständige Internetadresse ist als Hyperlink hinterlegt und in der digitalen Version des Dokuments direkt aufrufbar. Zusätzlich ist diese als Fußnote vollständig dargestellt.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de/parlament/dokumente abrufbar.

Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de/aktuelles/sitzungen zur Verfügung.